

Beschluss

Rechter Gewalt und Rassismus entschlossen entgegentreten

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist überall in Deutschland weit verbreitet. Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme lenken ihren Hass immer stärker auf geflüchtete Menschen. Sie verbreiten ihre Parolen in Medien, sozialen Netzwerken, auf der Straße und in Parlamenten. Insbesondere dort, wo rechte Strukturen lokalpolitisch verankert sind, ist die rassistische und rechtsextreme Hetze besonders stark. Die organisierte Rechte hat die Flüchtlingspolitik zu ihrem Hauptagitationsfeld auserkoren.

Nazis tarnen sich als Bürgerinitiativen und schrecken nicht davor zurück, infame Lügen zu verbreiten und zum Handeln gegen Geflüchtete aufzurufen. Mit Kampagnen wie „Nein zum Heim“ hetzen sie an vielen Orten gegen Geflüchtete. So erhalten sie Zulauf und stacheln vor Ort zu radikaleren Protesten an. Und auch die AfD richtet ihren Kurs verstärkt nach rechts aus, lokale Kooperationen mit der NPD sind keine Seltenheit mehr, in ihrer Herbstoffensive hetzt die Bundesspitze offensiv gegen Geflüchtete und Willkommenskultur. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung.

Auch wenn dem eine aktive antirassistische Zivilgesellschaft entgegensteht, fallen die rechten und rassistischen Töne an vielen Orten auf fruchtbaren Boden. Die Verharmlosung der „GIDA-Bewegungen“ oder die unkritische Verwendung von rechten Sprachwendungen und Argumentationsmustern in der öffentlichen und politischen Debatte, legitimieren direkt oder indirekt rechte Radikalisierung.

Teile der rassistischen Proteste insbesondere in Ostdeutschland haben sich von demokratischen politischen Prozessen entkoppelt. Ehrenamtliche Helfer*innen sehen sich massiv bedroht und unter Rechtfertigungsdruck. Zu häufig werden Sie von Lokal- und Landespolitiker*innen mit warmen Worten abgespeist, während gleichzeitig staatliche Strukturen ihre Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation nur eingeschränkt nachkommen. Wir stehen vor der Herausbildung eines stabilen rechtspopulistischen Blocks in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Konsequenz dieser Entwicklungen sind zunehmende rassistische Gewalttaten. Angriffe und Übergriffe auf Asylunterkünfte, geflüchtete Menschen und ihre Unterstützer*innen haben im Jahr 2015 drastisch zugenommen. Bis Ende September 2015 gab es laut Bundeskriminalamt bereits 1380 rechtsextrem motivierte Straftaten. Dabei handelt es sich um Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Propagandadelikte, andere Gewaltdelikte und Fälle von Volksverhetzung. Das sind mehr als doppelt so viele Übergriffe wie im Jahr zuvor. Unabhängige Institutionen gehen noch von weitaus höheren Zahlen aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir verurteilen die menschenverachtenden Anschläge auf Flüchtlinge, Unterkünfte und ihrer Unterstützer*innen auf das Schärfste.

Die Ermittlungserfolge der Polizei und der Staatsanwaltschaften in der Verfolgung rechter und rassistischer Straftaten, sind immer noch viel zu gering und ambitionslos. Aus dem Versagen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bei der Aufdeckung der NSU-Morde müssen Lehren gezogen und der Blick nach rechts geschärft werden. Wir fordern eine konsequente Strafverfolgung von rechten und rassistischen Übergriffen, Gewalttaten und Brandanschlägen auf Geflüchtete, Flüchtlingsunterkünfte und auf Unterstützer*innen. Dafür braucht es teilweise mehr Polizei, aber vor allem die Anwendung bestehender gesetzlicher Regelungen und eine klare Prioritätensetzung. Gegenüber rechter und rassistischer Gewalt ist eine Null-Toleranz-Strategie notwendig. Es ist ein Skandal, dass immer wieder Fälle bekannt werden, bei denen Menschen aufgrund ihrer Herkunft Opfer von Gewalt werden, die Ermittlungsbehörden aber zunächst nicht von einer rassistisch motivierten Straftat ausgehen. Rechte Gewalt, alltäglicher und institutionell verankerter Rassismus müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Der Staat muss konsequent seiner Aufgabe nachkommen, Asylunterkünfte zu schützen, auch vor gewalttätigen Zusammenrottungen vor Flüchtlingsunterkünften.

Auch in den Flüchtlingsunterkünften darf es nicht zu rassistischen Übergriffen kommen. Betreiber von Unterkünften und das Personal müssen überprüft und qualifiziert werden. Wohlfahrtsverbände, Migrations- und andere Berater*innen, Seelsorger*innen sowie zivilgesellschaftliche Beobachter*innen müssen Zugang zu den Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünften bekommen. Außerdem braucht es geschulte Ansprechpersonen. In größeren Einrichtungen sollen ständig Sprachmittler*innen erreichbar sein, um unmittelbar auf Problemanzeigen der Betroffenen reagieren zu können. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen geworden ist, darf nicht abgeschoben werden.

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir uns Rassist*innen und Nazis in den Weg. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechter Gewalt ist die gemeinsame Aufgabe von Staat und einer aktiven Zivilgesellschaft.

Das Engagement vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen und Akteure gegen Nazis und Rassismus verdient Anerkennung und Unterstützung statt Verdächtigung und Repression. Demokratieförderung und Programme gegen Rechts, Aussteiger*innen- und Beratungsprogramme für Familien, Angehörige und Freunde müssen gefördert und finanziell gestärkt werden. Dazu ist eine gesetzliche Grundlage notwendig, die Demokratieförderung langfristig sichert. Die etablierten Strukturprojekte müssen langfristig gesichert und in allen Bundesländern nach den tragfähigen ostdeutschen Standards von Mobiler und Opferberatung aufgebaut werden. Wir setzen konsequent auf weniger Modellprojekte und eine stärkere Sicherung der vorhandenen Strukturen.

Rechte Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie haben in unserem Land keinen Platz.